

# Der Sozialdemokrat

Internationales Organ

der Sozialdemokratie deutscher Zunge

N<sup>o</sup>. 10.

Sonntag, 7. März.

1880.

Ans an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bzw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. diese von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die kühnste Vorsicht im Verkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme auf die Schwierigkeiten über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu machen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptforderung ist hierzu einzurufen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich bezüglich größter Sicherheit Rekommandation. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Abonnements

werden nur beim Verlag und bei den bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbar.  
Mitteljahresspreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontant)  
Fr. 2. — für Deutschland (Kontant)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Kontant)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kontant).

### Inserate

Die dreizehnpolige Petitzeile 25 Lit. — 20 Pfg.

## Unterm Ausnahmegesetz.

Ein Trost- und Mahnwort aus Deutschland.

Es hat der Fürst von Friedriehshub Gespielt ein einig Pöbel;  
Kon kommen Angst und Zagen wohl  
Vor manchem der Genossen:  
Bemüht wird nun schonungslos,  
Was wir mit Sorgfalt bauten;  
Zum Spotte wird der „Steg des Rechts“,  
Auf den wir treu vertrauten.

Wir leben noch! Enttäuschung glüht  
In allen unsern Adern.  
Wir lernen längst: Zum Ziele führt  
Kein wildempörtes Qadern;  
Es hilft uns nur der stille Grimm,  
Das angehalt'ne Wüten;  
So schmelzen wir des Winters Eis,  
Dann knospen Freiheitsblüten.

Und was bis hierher uns gebracht,  
Das sollt uns jetzt verlassen?  
Das Feuer, das Laffall' entzucht,  
Blüht allwärts in den Massen.  
Wohl häuft man Stroh und Holz darauf,  
Die Flammen zu erlöten,  
Und mehrt den Brennstoff, daß der Brand  
Die Wolken bald muß röthen.

Gedenkt an Strafford-Reincke,  
Wollt Ihr die Zeit verstehen!  
Ein großes Leben tritt an's Licht  
Nicht ohne große Wehen.  
Und allgeröhrte Zeitgeburt  
Klingt sich in uns zu Tage:  
Wer war' so klein, zu wagen da  
Blut, Sorge, Drangsal, Plage!

Ob wir nicht sterben in der Nacht,  
Bevor der Tag erschienen?  
So haben schon viel Tausende  
Und Niemand fragt nach ihnen.  
Und Niemand fragt auch uns einft nach;  
Im unbewachten Grabe  
Bewelen wir, wenn sich zu Gast  
Nicht laden Kräh und Rabe.

Was soll der eitle Klageruf?  
Dem Sturm die Stürze geboten!  
Verloren gibt der tapf're Mann  
Auf Erden nur die Todten.  
Uns leben auch die Todten noch:  
Das Wirken ihrer Kräfte  
Der Welt ja nicht, schafft heimlich fort  
Am großen Weltgeschäfte.

Das ist uns nun seit Jahren kund  
Und war' uns jetzt entsallen?  
Wir sind von je dem Volke gleich,  
Das seines Tempels Hallen  
Aufbaute mit dem Schwert am Gart,  
Zum Kampfe auf Tod und Leben  
Bereit, in jedem Augenblick  
Dem Feinde preisgegeben.

War's denn der Witz von Hinz und Kunz,  
Was Siege uns erkünnen?  
Was führt' uns zu die Tausende?  
Die Roth, die sie erlitten.  
Die Roth wird alle Morgen neu  
Und weckt dem trögen Wahne  
Zur Feindschaft immer wieder frisch  
Das Volk der rothen Fahne.

Im Heute nicht für unsern Band  
Erheben wir die Waffen.  
Es gilt die schlecht geschaff'ne Welt  
Zum Bessern umzuschaffen.  
Das Raub der Zeiten, die es braucht,  
Das soll uns wenig grämen;  
S' ist Herzenslust, schon durch den Wunsch  
Die Gottheit zu beschämen.

Sind darum unglücklicher wir  
Als un're satten Feinde?  
Wir haben doch uns Kolz gestellt  
Der seligen Gemeinde  
Der Männer, denen sich das Licht  
Des reinen Menschenthums  
Verlobte — Sie entzathen leicht  
Des Sieges und des Ruhms.

Wer dieser Braut sich angetraut,  
Bedarf nicht ir'd'scher Kränze,  
Er hat, was feinst und blüht und reist,  
Die Herbst- und die Lenze,  
Er ist nicht Kind und wird nicht alt  
Und weiß sich eins dem Aße,  
Und kostet ew'ges Leben, wie  
Auch hier der Würfel falle.

Den Streit des Daseins kumpft er nicht,  
Ein Gut sich zu erwerben;  
Er hat es und er müht sich nur  
Zu zeugen einen Erben;  
Wenn sich die Braut im Lager wehrt,  
Da gibt's nur süße Bunde:  
Der ist kein Mann, dem nicht behagt  
Der Schmerz der Schifferbunde.

## Ein neuer Sieg!

Abermals hat die deutsche Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz und trotz desselben einen Sieg errufen. Bei der am 2. März stattgehabten Reichstagswahl im 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Reerane) hat der sozialdemokratische Kandidat Ignaz Auer ungefähr tausend Stimmen mehr als sein Gegner, der „ordnungsparteiliche“ Gutsbesitzer und Referendarius Selbke, erhalten und ist in Folge dessen — da ein dritter Kandidat nicht vorhanden war — zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Wohl ist es richtig — und die für ihre Niederlage um einen Vorwand suchenden Gegner werden darauf hinweisen —, daß der 17. sächsische Wahlkreis einer der sichersten, altbewährtesten Stützpunkte der deutschen Sozialdemokratie ist. Aber diesmal war derselben der Kampf noch doppelt und dreifach schwerer denn sonst gemacht und den Gegnern um ebensoviele erleichtert. In dem größten Theil des Wahlkreises herrscht ein gräßlicher Noth und der Hunger ist ein schlimmer Feind. Nicht nur stumpft er leicht für alle über die bloße Stillung der dringendsten Noth hinausliegenden Dinge, für die höhern Interessen leicht ab, sondern er gibt auch den wirtschaftlich Mächtigen als den Besitzern der Lebensmittel vermehrte Macht. Hunderte von Wählern wurden wegen Annahme von Nothstandsunterstützungen infamer Weise händlich „bezahlt“ Arbeit nicht auf mehrere Stunden verfallen, um ihren Familien nicht noch mehr Entbehrungen aufzuerlegen; und wieder andere waren schon zu ermattet und abgestumpft oder es mangelten ihnen selbst die nöthigen Kleider, um Stunden weit zur Stimmurne zu pilgern.

Wie sicher die Gegner auf alles dies, sowie auf die Zusammenwirkung der vereinigten „Ordnungsparteien“ und nicht zum wenigsten auch auf den Hochdruck der Regierungsgewalt zu ihren Gunsten gerechnet hatten, ging aus deren zuversichtlicher Stimmung hinsichtlich des zu erwartenden Wahlergebnisses hervor. So freiz u. a. die Bismarckische „Nordd. Allg. Zig.“ zu Beginn der Wahlkampagne: „Gegen Herrn Selbke, einen in der dortigen Gegend sehr geachteten und beliebten Mann, werden die Sozialdemokraten mit ihrem Kandidaten Auer, trotzdem dieselben darauf pochen, daß derselbe schon einmal ein sächsisches Reichstagsmandat vertreten hat, schwerlich aufkommen können. Die Sozialdemokraten glaubten, es werde ihnen das sächsische Landtagsabgeordnete Penzig gegenübergestellt werden, die Vereinigung der Konservativen und Liberalen hat aber in Selbke eine aussichtsreichere Kandidatur geschaffen und ist nun die Verblüffung bei den Sozialdemokraten groß.“

Die Dinge man von reichstreuher Seite in allen den Wahlkreisen, die von Sozialisten vertreten werden, vor allem auch in Dresden, auf dieser Weise vor, so würden die Sozialdemokraten bald aus dem Reichstag verschwinden. . . .  
Aber alle die aufgeführten Hindernisse konnten gegen die Leberzeugungsbereue, den Eifer und die Organisation der Sozialdemokraten, sowie das Vertrauen der aufgelaarten Wählerschaft nicht das sächsische Kreis in die Sache des Sozialismus nicht Stand halten, und wenn die über dies neue Zeichen für den ungeschwächerten Fortbestand und das kräftige Gedeihen der deutschen Sozialdemokratie „verblüfften“ Gegner keine anderen Mittel ausfindig machen, dann hat es mit dem „Verschwinden der Sozialdemokratie aus dem Reichstag“ gute Wege. Vielmehr wird dieser neue Erfolg keineswegs der letzte, sondern nur ein Anlauf zu weiteren, eine Station zu Größerem sein!

Darum unsern Brudergruß den wackern Genossen des 17. sächsischen Wahlkreises und ein Glückwünsche der deutschen Sozialdemokratie, und dann vorwärts geblickt, neuen Kämpfen, neuen Siegen entgegen!

## Was thun?

I.

Zwei Wege sind es, auf denen eine Verwirklichung unserer Ziele denkbar ist. Der eine ist der friedliche Weg, der andere der gewaltsame. Selbstverständlich würde jeder den ersteren vorziehen, wenn eine Möglichkeit gegeben ist, auf ihm zum Ziele zu gelangen. Aber in diesem Wenn steckt der Haken.

In seinem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ setzt freilich Genosse Bebel einen Zeitpunkt als nahe voraus, „wo die (vorher von ihm ausführlich geschilderten) Uebelstände allgemein anerkannt sind und die große Mehrheit der Gesellschaft entschlossen ist, sie auf dem raschesten und vielen heute am praktischsten (scheinenden) Wege (d. h. dem sozialistischen) zu beseitigen“. Er stellt also den Fall als möglich, ja als wahrscheinlich hin, daß die sozialistische Idee trotz aller Hindernisse binnen wenigen Jahren sich so mächtig ausbreitet, daß die Umwandlung sich ohne Blutvergießen vollziehen könne.

Wir erscheinen nun eine so schnelle und so weite Ausbreitung des Sozialismus nicht wohl denkbar. Daß die heutige Staatsgewalt, die Kirche — die katholische, und womöglich auch noch die protestantische — das Kapitalistenthum, kurz Alles, was ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Bestehenden hat, uns bis aufs äußerste bekämpft, ist zwar schon schlimm genug, wäre aber für sich allein nicht unüberwindlich und kann darum übergangen werden.

Der Umstand dagegen, daß wir mit der durch Jahrhunderte langen Druck und zweitausendjährigen Wahn erzeugten geistigen Verdummung und Gleichgültigkeit eines großen Theils des besitzlosen Volkes selber zu kämpfen und zu rechnen haben, macht es uns völlig unmöglich, in ländlichen Wahlkreisen — und das sind ja die meisten — eine Majorität zu erzielen. Selbst im industriellen Proletariat giebt es ja leider noch viele, die sich gleichgültig oder gar feindlich dem großen Kampfe ihrer Brüder um Emanzipation gegenüberstellen. Immerhin ist doch aber der Sozialismus schon selbst bis in die verarmtesten und sozial unterdrücktesten Gegenden vorgebracht und breitet sich in den Industriebezirken immer mehr aus.

Ganz anders verhält es sich dagegen mit dem ländlichen Proletariat und dem kleinen Bauernstande, ohne die wir nun einmal keine Majorität erzielen können.

Daß das ländliche Proletariat, wozu man getrost auch den kleinen Bauern rechnen kann, den wunden Punkt in unserer Agitation bildet, wird von allen Seiten anerkannt, und es sind bereits vielfach Vorschläge gemacht, wie man die Bauern am besten herüberziehen könne. Aber alle diese Vorschläge haben noch zu keinem greifbaren Resultate geführt und konnten eben auch zu keinem führen, vielmehr möchte ich als Behauptung aufstellen: Entweder siegen wir ohne das Gros der Landbevölkerung, oder wir siegen gar nicht.

Der wohlhabende Bauer ist durchschnittlich der denkbar größte Egoist, dem es ganz gleichgültig sein würde, wenn das ganze Volk hungerte, wofür nur er existiren könnte.

Die Gründe, aus denen er so geworden ist, sind theils dieselben, die die meisten Reichen zu Gegnern jeder Eigentumsänderung machen, theils besonderer Natur.

Ihre nähere Erörterung dürfte aber überflüssig sein, da Egoismus und Beschränktheit bei reichen Bauern ja sprichwörtlich sind. Diesen Hauptcharakterzug des kräftigsten und beschränktesten Egoismus finden wir vielfach noch beim minder begüterten, sogenannten mittleren oder kleinen Bauern wieder, der auf seinem Grundbesitz meistens schon Hypotheken hat, der schon massenhaft in den letzten Jahrzehnten zu Grunde gegangen ist und zum großen Theil gerade jetzt einen aussichtslosen Kampf um seine Existenz führt.

Auf den reicheren Bauern ist für den Sozialismus natürlich gar nicht zu rechnen, er geht durch Dick und Dünn mit den Regierungen, die ja, seit der intelligenteren Theil des Volkes nichts mehr von ihnen wissen will, den Bauernfang im Großen betreiben. Aber auch im intelligenteren Bauernstand hat der Sozialismus in den meisten Gegenden Deutschlands noch sehr wenig Anhänger. Die Gründe sind theils dieselben, wie die unten beim eigentlichen Proletariat anzuführenden, theils sind es der Stolz auf sein, wenn auch noch so verschuldetes Eigenthum und die Furcht vor dem Gerede der Leute, die ihn hindern, sich einer Partei der Armen anzuschließen.

Das eigentliche ländliche Proletariat nun, das gar kein oder doch kein nennenswerthes Grundeigenthum besitzt, ist zum größten Theil vollständig gleichgültig gegen alles, was über seine aller-nächsten Interessen hinausgeht. Diese Stumpfheit und Gleichgültigkeit ist allerdings nur zu erklärlich. Trotz der Freizügigkeit in vielen Fällen aus Armuth und anderen Gründen an die Scholle gebunden, durch den denkbar schlechtesten, Aberglauben und Irrwahn, Hundedemuth und Schafgeduld befördernden Volkunterricht verblümt, vom frühen Morgen bis spätem Abend im Dienste des blutsaugenden Kapitals sich abrackern, ist der ländliche Proletarier noch viel unterdrückter, als der industrielle Arbeiter und hat weder Zeit noch Kraft noch Lust sich um politische und soziale Fragen zu kümmern. Er denkt kaum an dergleichen; daß es jemals anders und besser für ihn werden könne, diesen Gedanken kann er kaum fassen.

Zieht man außerdem in Erwägung, daß das enge und massenhafte Zusammenleben von Menschen, wie es in großen Städten und Industriebezirken der Fall ist, Gedankenaustausch und Erweiterung des Gesichtskreises befördert, was für die sozialistische Agitation äußerst günstig gewesen ist, und daß dieser Vortheil bei der Landbevölkerung völlig wegfällt; so ist wohl die Behauptung gestattet, daß es bei dem jetzigen Stand der Dinge nimmermehr möglich ist, unter der Landbevölkerung eine sozialistische Majorität oder auch nur eine solche namhafte Minorität zu erzielen.

Ein Mittel gäbe es allerdings, um die Bevölkerung des Landes (und auch der meisten kleinen Städte) wenigstens im Laufe einer Generation für den Sozialismus empfänglich zu machen, aber auch nur ein s. Das wäre die völlige Neugestaltung des Volkunterrichts auf darwinistischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen.

Daß wir aber eine solche Umgestaltung des Unterrichts vom heutigen Staate nun und nimmermehr erhalten, bedarf wohl nicht erst des Beweises. Selbst die schwächlichen Bestrebungen des Liberalismus auf diesem Gebiete — die Fortschrittspartei mit eingerechnet — waren und sind nichts anderes, als politische Heuchelei. Alle Parteien wissen eben, daß jede im Sinne eines wahrhaften Fortschritts gehaltene Unterrichts-gesetzgebung nur uns zu gute kommt und darum hätten sie sich möglichst, uns in die Hände zu arbeiten.

Nach dem Gefagten möchte ich noch einmal meine Ansicht dahin

präzisten, daß wir zwar durch Agitation und Verhältnisse noch eine weit stärkere Minorität werden können, daß wir aber eine Majorität von Stimmen bei den Wahlen niemals erzielen werden.

So bleibe uns also nur der andere Weg übrig, um unsere für die Menschheit so nothwendigen Bestrebungen zu verwirklichen, — der Weg der gewaltsamen Umgestaltung. Es ist zugleich derjenige Weg, den die Weltgeschichte bis jetzt immer eingeschlagen hat, wo es einem bedeutenden Fortschritt der Menschheit galt. Jeder, der die Geschichte nur einigermaßen kennt, weiß, daß noch nichts Bedeutendes in der Welt ohne gewaltsame Umwälzungen erreicht ist, daß solche geradezu mit Naturnothwendigkeit von Zeit zu Zeit eintreten müssen, wenn die fortschrittsfeindlichen herrschenden Kräfte gebrochen werden sollen.

Natürlich braucht man dabei nicht gleich an solche Massenhinrichtungen zu denken, wie sie z. B. in der ersten französischen Revolution vorgekommen sind. Der Kampf um Dasein nimmt ja im Laufe der Zeit allmählig mildere Formen an, und eine revolutionäre Partei, die auf dem Boden des Darwinismus steht, hat alle Ursache, nach dem Siege zu zeigen, daß sie den ihr aufgedrungenen Kampf in möglichst milder Weise zu führen bestrebt ist. Daß es bei solchen Gelegenheiten ohne „Blut und Eisen“ nicht abgeht, ist selbstverständlich, und ist zu beklagen, ist aber doch nur die Schuld derjenigen, die sich gewaltsam nothwendigen Reformen widersetzen und durch Heuchelei und Brutalität Haß und Wuth erzeugt haben.

Nun kann man weiter behaupten, daß Revolutionen selten von Majoritäten durchgeführt sind, daß vielmehr häufig eine kräftige und energische Minorität über eine träge unselbstständige Majorität gesiegt hat. Der Majorität bedarf es ohnehin nicht, um ein moralisches Recht auf Revolution zu haben. Es genügt der tausendmal geführte Nachweis, daß eine Partei brutal unterdrückt wird, um die Revolution für sie „zum ersten der Rechte und zur heiligsten der Pflichten“ zu machen.

## Sozialpolitische Rundschau.

### Schweiz.

\* Auf dem Boden unserer Republik ist ein Sieg erkochten worden, der hundert gewonnene Schlachten aufwiegt, ein Sieg des erfindarischen Menschengesistes über die Naturgewalt, ein Triumph der Arbeit über Verkehrshindernisse, welche seit Jahrtausenden bestehen und nun doch mit allen Hilfsmitteln der Kunst überwunden worden sind. Nach mehr als siebenjähriger Arbeit ist am letzten Sonntag im Innern des St. Gotthard-Gebirgskettes die letzte Scheidewand gefallen, welche die Verkehrsgebiete Deutschlands und Italiens von einander trennten und bald wird dem Weltverkehr zwischen den zivilisirten Völkern mitten durch das Urgebirge der Alpen eine neue Straße gebahnt sein. Die Presse aller Parteien und Länder feiert dies Ereigniß in schwungvollen Dithyramben, nur der kleinste Theil aber aus allgemein kulturellen Gründen und mit dem geziemenden Ernst. Der durch die neue Verkehrslinie zu erzielende Unternehmerrfolg bildet für so viele die Hauptsache; an die in der hyperfüllen und unheilthwangern Tiefe des Gotthard sich im Dienste der Menschheit opfernden Arbeiter denkt — wie es ja unsere ganze soziale Auffassung mit sich bringt — fast Niemand. Noch weniger aber fällt es den Leuten bei, welche Vergleiche der Sieg der Menschenkraft über die Naturgewalt aufdrängt. Oder liegt da, wo es menschlicher Wissenschaft und Arbeit gelungen, gigantische Scheidewände der Natur niederzuwerfen, nicht der Gedanke nahe, daß es auch möglich und nothwendig sei, von den Menschen selbst aufgerichtete Schranken, die für das Glück und die Entwicklung des Menschengeschlechtes hundertmal hinderlicher als jene sind, einzureißen? Die Wünsche, welche der Gottharddurchbruch in jedem Sozialdemokraten erweckt, drückt ein Genosse in der „Tagwacht“ trefflich also aus:

Wächten doch auch noch andere Schranken fallen, welche deutsche und welsche Brüder, welche Völker von Völkern trennen. Wächten sie fallen, die lästigen Zollschranken, die dem Armen seine nöthigsten Lebensbedürfnisse vertheuern! Wächten sie fallen, die Festungswälle, welche ihre Kanonenrohre den Völkern weisen, wie bissige Bullenbeißer ihre scharfen blutdürstigen Zähne. Wächten sie fallen, diese Millionen von Pickelhäuben und Tschakos, welche in Bajonetten starrend, sich von Grenzpfahl zu Grenzpfahl feindselig gegenüberstehn! Wächten sich die Häupter der Landesöhne mit dem friedlichen Hute oder der Arbeitermütze bedecken und ihre Kräfte und Gaben zur Völkerwohlfahrt statt zum Völkermord verwenden. Wächten sie fallen,

### Reuilleton.

#### Priester über Volkssouveränität und Tyrannenmord.

Man hat sich daran gewöhnt, die Kirche und die Priesterschaft als nimmer wankende Stützen jeder Gewalt Herrschaft und als Feinde jedes freiheitlichen Gedankens anzusehen. Und das mit Recht; denn die religiöse Beherrschung und Knechtung kann ohne eine sie fördernde Staatsgewalt auf die Dauer so wenig bestehen, als Despotismus und Klassenherrschaft ohne den Rückhalt des religiösen Aberglaubens. Kirche und Klassenstaat sind in der That auf ein freundschaftliches Einvernehmen zur gemeinschaftlichen Unterjochung und Ausbeutung des Volkes angewiesen; und darum sind die Beiden, wenn auch bisweilen zwischen ihnen Streit über die Theilung der Beute einstand, doch im Grund allezeit die verständnißinnigsten Freunde gewesen und werden's bis zu ihrem gemeinschaftlichen seligen Ende bleiben.

Trotzdem aber somit die Pfaffen im Allgemeinen vollkommen Recht mit ihrer Behauptung haben, daß Kirche und Religion der festeste Schuttdamm für die Vorrechte der Gewalt, der Geburt und des Geldes gegen jeden Umsturz, jede Revolution bilden, so lassen sich doch andererseits im Einzelnen zahlreiche Lehren und Handlungen der Priesterschaft nachweisen, welche die sonst gestützte Gewalt Herrschaft bekämpfen und nicht minder „revolutionär“ und „staatsgefährlich“ sind, als die Prinzipien der rabulistischen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten. Freilich sind diese Lehren und Handlungen größtentheils nicht im Interesse des Volkes, sondern vielmehr zur Wahrnehmung des Vortheils der Pfaffen

diese Fürstentronen, diese Giftpflanze der Börjenspaläste, diese Tempel des schönen Ammons, welche jede glückliche Entwicklung der Völker hemmen. Mögen sie fallen alle diese Bollwerke einer verrotteten, verlotterten Weltordnung, deren Resultat trotz allen schönen Schlagwörtern nur Krisis auf Krisis, Krieg auf Krieg und Elend auf Elend ist.

Welcher Jubel war im liberalen Europa, als der Usurpator Viktor Emmanuel unter der republikanischen Maske des alten Helden Garibaldi die alten Fürstenthümer stürzte und auf ihren Trümmern das moderne Kartenhaus des neuen Königreiches Italien gründete. Welcher Jubel herrschte unter den Liberalen Deutschlands, als der Soldatenkönig Wilhelm den „Ruhm der deutschen Waffen zu nie geahntem Glanze“ brachte und sich die „so lang ersehnte deutsche Kaiserkrone“ auf das Haupt setzte. Was ist das Resultat? In Deutschland glückselig? In Italien glücklich? Nein und tausendmal nein! Schulden, Theuerung, Hungernoth und Elend in Deutschland; Verlotterung, Betrug, Unsicherheit und Elend, bitteres Elend des Volkes in Italien, dem naturgezeichneten Lande Europa's; das sind die Früchte des vielgerühmten Fortschrittes des neunzehnten Jahrhunderts. Das muß anders werden.

Die Schranken fallen, welche die Länder trennen: laßt uns die Schranken sprengen, welche die Völker trennen. Laßt uns wegräumen, was dem Glück und der Wohl fährt der Völker im Wege steht. Laßt uns durchbohren die granitnen Mauern der starrten Tyrannei und Klassenherrschaft. Laßt uns sprengen die goldenen Thore der Ammonstempel und über den Trümmern der Völker trennenden Gewalten laßt Volk dem Volk die Brüderhände reichen und das Nothgeroth des Glückes gehrauf über dem neuen Bruderkund des vereinigten Europa's!

— Wir haben bereits erwähnt, daß uns schon vor einiger Zeit eine Einwendung von Lüttich in Sachen der „Freiheit“ zugegangen ist. Diese Zuschrift rührt vom deutschen Arbeiter-Bildungsverein zu Lüttich her und fordert die Redaktion der „Freiheit“ sowie auch uns auf, die zwischen beiden Blättern obwaltenden Reibungen im Interesse der Sache in Zukunft zu unterlassen und die ganze Kraft auf die Bekämpfung des Gegners zu verwenden. Da wir die Gesinnung und Absicht unserer Lütticher Genossen nur lobenswerth finden, so wollten wir ihre Einwendung wörtlich zum Abdruck bringen. Mittlerweile aber sind auch von zwei andern außerdeutschen Orten, von Genf und von Bedy, ähnliche Aufforderungen eingegangen, von denen die letztere freilich die Objektivität der andern vollkommen vermissen läßt. Würden wir die Einwendung der Lütticher jetzt noch zum Abdruck bringen, so würden wir den andern Einwendern ein Gleiches nicht abschlagen können, wodurch unser ohnehin so beschränkter Raum über Gebühr in Anspruch genommen würde. Wir müssen uns deshalb auf diese Zeilen beschränken und glauben auch, daß die betreffenden Genossen damit zufrieden sein werden, da doch ihr löblicher Zweck vollkommen erreicht ist. Wir untererseits können nur hinzufügen, was wir schon wiederholt ausgeführt. Wir stimmen mit den Wünschen jener Genossen vollkommen überein. Niemand wünscht sehnlicher als wir, daß die jetzt mehr denn je nöthige Einheit unserer Partei durch keine persönlichen Ränkereien und Stänkereien getrübt werde und es soll und jedes Mittel willkommen sein, welches die Verlegung solcher ausgebrochener Strengigkeiten ermöglicht, dafern dadurch nicht die Prinzipien und die Disziplin unserer Partei geschädigt werden. Ueber den Stand der besprochenen Streitfrage und wie dieselbe am besten beigelegt werden kann, findet sich bereits in No. 7 des „Sozialdemokrat“ das Nähere. Man schaffe die unumgängliche Vorbedingung, an uns wie an der deutschen Partei wird es dann gewiß nicht fehlen.

### Deutschland.

\* Es ist wieder einmal viel von einer internationalen Verbindung der europäischen Regierungen gegen den Sozialismus die Rede. Schon vor einigen Wochen ging das Gerücht um, daß der deutsche Reichskanzler die Einberufung eines europäischen Kongresses gegen den Sozialismus geplant habe, dabei jedoch nur die Zustimmung von Rußland, Oesterreich-Ungarn und Spanien gefunden habe, während die Schweiz, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, England und — die Türkei kurzweg abgelehnt hätten. Zwar wurde die Nachricht von verschiedenen Seiten abgelehnt; man kann indessen immerhin zweifelhaft sein, ob man auf diese Ablehnung etwas zu geben hat, da die Idee, gegen den Sozialismus gleich wie gegen Reblaus und Kartoffelfäher gemeinsame Maßregeln zu ergreifen, die verschiedenen Stieber des deutschen Reichs nicht zum erstenmal beschäftigt und darum nichts Un-

schaft selbst ausgenommen und ausgeführt worden; und die in Freisinnigkeit machenden Kuttenträger würden wohl Zeter und Mordio geschrien und gleich Luther den bewaffneten Arm der Staatsgewalt angerufen haben, wenn das Volk die Konsequenzen ihrer Lehren gegen sie selbst gezogen hätte.

Aber diese von „gemeinem“ Mund ausgesprochenen Lehren verlieren durch ihre öffentliche Verleugnung nichts an Interesse. Es scheint uns im Gegentheil wichtig, das Volk mit dem nur für kleine Kreise Eingeweihter Berechneten bekannt zu machen, — um zu zeigen, daß die Pfaffen streng genommen durchaus kein Recht haben, die auf Vernichtung der Tyrannei und gründlichen Umgestaltung der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung gerichteten Bestrebungen namens einer konstanten kirchlichen Lehre für „gottlos“ zu erklären, indem sie selbst zu Zeiten der unabweislichsten Glaubenstheorien vor gleich radikalen Tendenzen und ihren extremsten Schlussfolgerungen nicht zurückschrecken, sobald es ihnen für ihre Herrschaft förderlich schien.

Der Jesuit Bellarmin sagt in seiner Abhandlung: „De membris ecclesiae militantis“: „Die Staatsgewalt ruht unmittelbar in der gesammten Menge. Diese Gewalt wurde von der Menge nach natürlichem Recht auf Einen oder Mehrere übertragen. Von dem Uebereinkommen der Menge hängt es ab, ob sie Könige oder Konsuln, oder andere Obrigkeiten über sich hat. Daraus folgt, daß, wenn ein gültiger Grund vorhanden ist, die Menge ein Königreich in eine Aristokratie oder Demokratie oder auch umgekehrt verwandeln kann, wie es die Römer thaten!“

Der spanische Jesuit Mariana hat ein Handbuch: „De Rege et Regis institutione“ verfaßt, dem eine in den rühmendsten

glaubliches hat. Das von einem liberalen Blatte gezeigte abschreckende Bild, wie der „große Staatsmann“ Bismarck „Arm in Arm mit einem Kosaken“ geht und „ein Kulturstaat wie Deutschland mit einem Barbarenstaate wie Rußland zu einer internationalen Razzia auf die Bekenner freiheitlicher Grundsätze (die letztere Bezeichnung für Sozialismus klingt von einem Bourgeoisblatt recht ungewohnt) sich verbindet“ — hätte den Blut und Eisenmann jedenfalls nicht abgeschreckt. Denn es wäre nicht das erstemal, daß sich der Arm des Kosaken in dem seinigen befindet, und der deutsche „Kulturstaat“ ist von dem Barbarenstaat auch ohnedem in mancher Richtung nicht allzuweit entfernt.

Wie sich indessen diese Sache verhalten haben möge: soviel ist sicher, daß das Sozialistenverteilungskongress-Projekt mit seiner ersten wirklichen oder fiktiven Ablehnung durchaus nicht von der Bildfläche verschwunden ist, sondern mehr und mehr Leben zu gewinnen scheint. Diesmal scheint es zweifelhaft, ob Bismarck die Ehre der Initiative gewahrt bleibt oder ob er sie nicht an Rußland wird abtreten müssen. Den durchschlagenden Grund zur Schaffung einer systematisch organisirten (denn gelegentlich existirt sie bereits) internationalen Polizei gegen Sozialismus, Sozialdemokratie, Kommunismus, Nihilismus und ähnliche „umstürzende Bestrebungen“ bilden natürlich das Ingenieurstreik in vom Petersburger Winterpalast und die Angelegenheit des in Paris verhafteten und von Rußland zur Auslieferung verlangten Hartmann, des angeblichen Mitschuldigen am Moskauer Attentate. Einerseits verlautet, daß Fürst Bismarck die Angelegenheit Hartmann sehr aufmerksam verfolgt und, im Falle dessen Auslieferung verweigert wird, ein diplomatisches Zirkular zu erlassen gedenkt, in welchem er sich zum Hort sämtlicher dynastischer Interessen jene des Romanow's inbegriffen, aufweisen und das republikanische Frankreich erst diplomatisch und dann vielleicht auch, wenn nöthig, kriegerisch bekämpfen wolle. Von anderer Seite wird dagegen berichtet, daß Rußland selbst die Sache in die Hand nehmen. Der Zustimmung Deutschlands sei es dabei freilich sicher und zwar in dem Grade, daß wenn auch sämtlich übrigen Mächte eine Theilnahme ablehnen sollten, die zwei würdigen Brüder allein den gemeinsamen Kampf zur „Erstickung der revolutionären Idee“ unternehmen würden.

Ueber das formelle Resultat dieser zweifellos an der Rheinlinie an der Spree bestehenden Wünsche und Bestrebungen wollen wir jetzt noch keine Vermuthungen aussprechen; an dem wirklichen Endresultat der revolutionären Agitation werden sie jedenfalls nichts zu ändern vermögen.

— Während sich die Reichspolizei nach den juristischen Rückschlüssen der letzten Razzia auf den „Sozialdemokrat“ fast aller Orten still wieder zurückgezogen hat, um sich ein wenigstens mit dem gelungenen Postdiebstahl von Mühlhausen zu trösten, will man sich in Altona durchaus nicht zufrieden geben. Die Vorbereitungen des famosen „Freiheit“-Prozesses haben der Polizei und Staatsanwaltschaft angethan und lassen sie nimmer ruhen und rasten. Man bedrängt deshalb die gute oder schlechte Gelegenheit, um aus der — wie die Bourgeoisblätter melden — „Verbreitung des „Sozialdem.“ in unglaublicher Menge“ eine Haupt- und Staatsaffaire zu machen. Die neulich ausgeführten 12 Verhaftungen haben sich bereits bis auf 44 ausgedehnt und befindet sich unter den Eingezogenen auch Genosse Reimer, der frühere Reichstagsabgeordnete. Es soll ein Monstreprozeß wegen Verbreitung verbotener Schriften eingeleitet werden; wenigstens verstehen wir so die Nachricht der Blätter, daß die Verhafteten wegen „Halten eines verbotenen Materials“ angeklagt werden sollen. In dieser Form kann die Meldung nur auf einem Mißverständnis beruhen, denn das Halten, das Abonniren und Kaufen verbotener Schriften ohne deren Weitergabe an Andere ist bekanntlich gesetzlich erlaubt. — Wir sind begierig, was die Polizeiergebnisse gegen unsere wackeren Altonaer Genossen alles ausspinitziren und was bei dem ganzen Lärm herauskommen wird; vermuthlich herzlich wenig.

— „Wären alle meine Soldaten so treu wie die deutschen, so würden die Revolutionäre nicht so viel Gemüth haben“ — so sprach sich der eben der Winterpalastexplosion erkrankene russische Zar bei Empfang eines Begrüßungstelegrammes des preussischen Garderegiments Kaiser Alexander aus. Wenn das edle „Väterchen“ aber die Stimmung in manchen deutschen Kasernen kannte, würde er wohl anders sprechen. Die Kommandeure müßten manches darüber zu melden (noch viel mehr aber entgeht ihrer Wahrnehmung freilich), wie die sozialistischen Ideen und die sozialistische Propaganda auch unter der Ausnahmezeit den Soldaten durchaus nicht fern bleiben. Eine sprechenden Beweis für diese Ueberzeugung liefert die Thatfache

Ausdrücken abgefaßte Gutheißung seines Provinzials vorgebracht ist und in welchem ausgesprochen wird: die Erbmonarchie be ruhe auf einem Mißbrauch; gleichwohl gewähre sie gewisse Vortheile; wenn aber der Fürst das Wohl des Staates gefährde, müsse man ihn absetzen! „Wie ein reichendes Thier muß er durch Aller Geschosse angegriffen werden, weil er unmenschlich und ein Tyrann geworden ist. Das Volk kann den König zwingen, die Gesetze zu erfüllen, die es erlassen hat und es ist befugt, die Ungehorsamen vom Throne zu stürzen und ihn, wofern es nöthig — mit dem Tode zu bestrafen.“

Da ist ferner der Jesuit Koffens, der unter Approbation seiner Oberen auseinanderlegt: die Regierungsformen stammten nur aus den Sitten der Völker, die bald die, bald jene Form angenommen; dies grüete auch von der Königswürde und müßte hänge auch die Erbfolge allein vom Willen des Volkes ab. „Wer den christlichen Völkern die Verpflichtung au legt, immer denen zu gehorchen, welche sie einmal an die Spitze gestellt haben, . . . der muß wie ein Ketzer angeklagt und zu Hölle verdammt werden.“

Der schon erwähnte Bellarmin vindicirt in seinem Buche „De Romano Pontifice“ den christlichen Völkern nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, schlechte und legerische Könige zu stürzen. „Wenn die Christen vordem den Nero, Diokletian, Julian, Valens nicht absetzten, so unterblieb dies nicht deshalb weil ihnen die Befugniß, sondern weil ihnen die Macht das mangelte.“

(Schluß folgt.)

daß in der letzten Februarwoche in mehreren sächsischen und preussischen Garnisonen bei den Mannschaften verschiedener Truppenabteilungen unermessliche und strenge Durchsuchungen nach sozialdemokratischen Schriften stattgefunden haben. So geschah es z. B. in Dresden, wo die Kavalleriekaserne von unten bis oben, zum Theil selbst die Unteroffiziersräume nicht ausgeschlossen, durchsucht wurde. Es sollen in diesem Fall nicht sowohl Denunziationen die Schuld getragen haben, als vielmehr beobachtete „allerdenklichste Manipulationen einiger waghalsiger Kolporteurs, sozialistische Broschüren in die Kasernen einzuschmuggeln“ und Berichte über den unzufriedenen Geist mancher Abtheilungen. Gegen Beides dürften indessen Durchsuchungen und Strafen erfahrungsgemäß sehr wenig nützen, vielmehr werden dadurch diejenigen Soldaten, welche sich noch wenig mit dem vielverfolgten Sozialismus beschäftigen haben, desto mehr auf denselben aufmerksam gemacht. Der Sozialisten werden auch im bunten Rock gleichwie in der schlichten Arbeiterblouse mit jedem Tag mehr — wie die Gegner darüber und namentlich über die wachsende „Ansteckung“ des letzten Wortes ihrer Herrschaft auch zitternd und schäumen mögen. Und wer weiß, wie kurze Zeit es noch währt, bis die vermeintlich sicherste Waffe gegen das Volk sich gegen sie selbst wendet und ihren Untergang beschleunigt!

— Soziales Verständnis ist bei den Gegnern ein überaus seltener Artikel. Dr. Rudolf Meyer drückte sich einmal aus, daß zwei sozialdemokratische Abgeordnete allein dreimal mehr ökonomisches Wissen haben als der ganze übrige Reichstag. Man könnte diesen Anspruch mit gutem Gewissen dahin ausdehnen, daß sich unter den Socialdemokraten eines einzigen Zentralpunktes unserer Partei in Deutschland mehr soziales Verständnis und politischer Scharfblick (Politik nicht in dem Sinne der kleinlichen, intriganten, dynastischen Handwerkspolitik, sondern im weiteren tieferen Sinne, wo nach Lassalle's treffenden Ausspruch das Soziale „politisch als das Politische selbst“ ist) findet, als in der ganzen deutschen Bourgeoisie und Bureaucratie (mit wenigen Ausnahmen) zusammengenommen. Desto mehr Beachtung verdient es aber, wenn sich einmal eine solche seltene Ausnahme findet, welche sich Unbefangenheit genug bewahrt hat, um Vorurtheile und Parteileidenschaft, welche die Sinne der andern umhüllen, scharfen Auges zu durchdringen, und Muth genug findet, um sich das Gelesene, so unwillkommen es auch ist, auch selbst einzugestehen.

Solch ein weißer Kabe zeigt sich uns in einer der letzten Nummern der „Christlich-socialen Blätter“, des Organes der „katholisch-socialen Propaganda“. Es wird dortselbst der von uns bereits entsprechend gekennzeichnete „neue Cancan an der Börse“ scharf kritisiert und mit bitterer Ironie als „lethargisches Facit der Wirtschaftskrisis“ bezeichnet. Der Gewinn der Börse aus der Haufe der Eisenbahn- und Industrie-Aktien wird auf circa 340 Millionen Mark angegeben und diese Herrlichkeit im Gegensatz zu dem Nothstand der übrigen Klassen als „Zerstückung des Volks in eine kleine Schaar von Millionären und in große Hungermassen“ gebrandmarkt.

In derselben Trostlosigkeit erblickt die Redaktion der christlich-socialen Blätter die ganze Situation. „Mit dem Verfasser — bemerkt sie in einer Nachschrift — werden alle kenntnisreichen Socialpolitiker konservativer Gesinnung, auf protestantischer Seite sowohl wie auf katholischer, angezogen der neuesten Vorgänge auf religiösem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiete immer mehr zu pessimistischen, ihre Hoffnung auf gesunde Reformen sinken von Tag zu Tag; dagegen steigt ebenso die Furcht vor der Sozialrevolution, die unserer Ansicht nach von Frankreich und von Rußland aus zugleich alle benachbarten Staaten anfluthet wird. Vor einigen Tagen schrieb uns ein eifriger und tüchtiger Socialreformer u. A. wörtlich: „Wir haben die 80 Jahre angefangen und die werden die 70 überreifen an großen und erschreckenden Ereignissen; ich sehe ebenso schwarz in die Zukunft Europas wie . . .“ (folgt der Name eines bekannten Socialpolitikers). Es ist auch durchaus kein Grund vorhanden, rosig zu sehen, denn was wird gethan von oben, als — Flicken und Herumstopfen? Es setzt eben Niemand einen neuen Lappen auf ein altes Kleid. Der Geist unserer Gesellschaft erfordert neue Schläuche, gewebt aus den starken Fäden christlicher (?) Gesinnung, Liebe und Gerechtigkeit! Die Revolution halte ich für unabwendbar, und erst nach ihren Trümmern und Grueln wird man ernstlich anfangen, die Gesellschaft christlich aufzubauen (?). Lassen Sie es unser Trost sein, daß, wenn wir mal mit gehängt werden, wir dann mit gutem Gewissen baumeln werden, viele Andere aber nicht.“

Was nun den Wiederaufbau der Gesellschaft „nach den Trümmern und Grueln der Revolution“ und insbesondere ihren Wiederaufbau mit den Steinen „christlicher Gesinnung“ und dem Rötel „christlicher Liebe“ betrifft, so dürfte sich der Verfasser wohl ebenso irren, wie mit dem „Baumeln“ seiner werthen Person. Denn wenn die heutige Schandgesellschaft einmal glücklich in Trümmern gegangen ist — und das wird recht gut ohne das Aufhängen katholischer und anderer Socialreformer zu bewerkstelligen sein — dann dürfte beim Neubau wohl das Christenthum am allerwenigsten zu schaffen haben. Im übrigen aber beurtheilt der Mann die Lage ziemlich zutreffend.

— Die „Heiligkeit des Gesetzes“ ist immer das zweite Wort des Bourgeois, sobald die Sozialisten „Gesetze“ kritisieren und angreifen, welche lediglich zur Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes zu Gunsten der privilegierten Klassen gemacht sind. Sobald es aber eine der seltenen Einrichtungen zu Gunsten des Arbeiters betrifft, da ist die „Heiligkeit“ schnell verfliegen und kein richtiger Bourgeois scheut sich, das Gesetz auf jede Weise zu umgehen oder ihm geradezu zuwiderzuhandeln. Mancher Genosse erinnert sich wohl daran, wie während des ereignisvollen Sommers 1878, als die Sozialistenhege im muntersten Gang war, im Reigen der Sozialistendöbter auch der Verein sächsischer Baumwollbarone das Wort ergriff und erklärte, keinen Arbeiter mehr beschäftigen zu wollen, der einem sozialistischen Vereine angehört, ein sozialistisches Blatt lese oder verbreite u. A. An der Spitze der Unterzeichner dieser Abschlusserklärung stand die Firma Ackermann u. Co. in Heilbronn. Man sollte nun denken, daß ein so reinliches und tugendhaftes „Haus“, welches solche Vorsichtsmaßregeln trifft, um seine Arbeiter vor sozialistischer Infiltration zu bewahren, es auch an den nöthigen Schutzvorrichtungen nicht fehlen läßt, welche die körperliche Sicherheit

der Arbeiter gewährleisten. Und ferner: wenn man das noch nicht erlassene Sozialistengesetz gleichsam zum Voraus angewendet hat, so sollte man denken, daß schon in Geltung getretene Reichsgesetze, wie dasjenige über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, um so gewissenhafter befolgt werden. Eine jüngste Gerichtsverhandlung beweist aber das Gegentheil. Der „Chef“ der famosen Hauses Ackermann u. Co. wurde wegen gefährlicher Beschäftigung von im Kindesalter stehenden Arbeiterinnen zu 200 Mark Geldstrafe, sowie wegen fahrlässiger Tödtung zu 4 Wochen (!) Gefängniß verurtheilt. Arbeiter ihres politischen Glaubensbekenntnisses wegen auf's Pfaster zu werfen, ist freilich weit billiger, als das leibliche Wohl der Arbeiter auch nur im geringsten Maße wahrzunehmen.

— Ein „Geschäft“ zu machen, ein Profitchen herauszuschlagen — das weiß der ächte Bourgeois aus allem und jedem. Religion, politische Meinung, Praxionismus dienen ihm als melkende Kühe; warum sollte sich bei diesen schlechten Zeiten nicht mit dem Nothstand ein Geschäft machen lassen? Wir reden hier nicht davon, wie in Oberpfälzer Gemeindevorständen bei der Vertheilung der Liebesgaben den Löwenantheil sich selbst und ihren Verwandten zusprachen, wie Handelsleute den unwissenden Nothleidenden die geschenkten Kleider um ein paar Groschen abschwindelten, wie andere den Nothstandskomitees gefälschte und unbrauchbare Lebensmittel lieferten u. s. w. Das ist zur Genüge bekannt und gehört in ein anderes Kapitel. Hier sprechen wir von einer neuen Art, wie ein Fabrikant es verstand, sich als großen Wohlthäter aufzuspielen, ohne daß es ihm auch nur einen Pfennig gekostet hätte. In Reutlingen forderte ein Fabrikant „seiner“ Arbeiter auf, sich zu Gunsten der nothleidenden Oberpfälzer einen Lohnabzug gefallen zu lassen. Obwohl nun die um einen erbärmlichen Lohn arbeitenden Arbeiter selbst „Liebesgaben“ hätten brauchen können und die abgezogenen Groschen ja wer entbehrten, so getrauten sie sich nicht, dem „Wunsch“ ihres gestrengen „Herrn“ zu widersprechen und ließen sich daher den Abzug gefallen. Nur Einer weigerte sich; er mochte vernünftigerweise denken, der Staat sei eher verpflichtet und auch im Stande zu helfen und, wenn schon einmal die Einzelnen an Stelle des seine Pflicht verabsäumenden Staates eintreten sollen, dann habe der Fabrikant jedenfalls mehr Geld als er, der arme Arbeiter. Sein Nachdenken sollte ihm aber schlecht bekommen, denn er wurde von dem wohlthätigenwährenden Menschenfreund von Fabrikanten wegen seiner Weigerung sofort entlassen. Das Schönste aber ist, daß der von dem Fabrikanten nachher abgeschandte Betrag für die Oberpfälzer genau so hoch gewesen sein soll, als sich die Summe des Abzugs der Arbeiter belief, so daß der edle „Wohlthäter“ selbst keinen Pfennig gegeben hat! Auf diese und andere mehr verhäßliche Weisen muß das arbeitende Volk nicht nur das ganze Schmarogergethier seiner Ausbeuter erhalten, sondern auch noch die von diesen zu Bettlern gemachten ernähren!

— Ein richtiger Maßbürgerstreik wurde vergangene Woche in Homburg vor der Höhe gegen einen Arbeiter verübt. Ein bei der städtischen Wasserleitung beschäftigter Arbeiter, ein hübscher Bursche und sinder Tänzer, besuchte maskirt einen der im Ballsaale veranstalteten Maskenbälle. Zum Tanze engagirte er vorzugsweise die „Honoratioren“ löchter und fanden dieselben an dem gewandten Tänzer auch großes Vergnügen. Aber die Scene änderte sich sofort, als er sich nach der ersten Pause demaskirte. Die Bourgeoisfrauen und -Jungfrauen, welche mit ihm gewalzt hatten, sollen sofort in Ohnmacht gefallen sein; die über diese „Schand“ erzürnten Väter, namentlich ein Stadtrath (ehemaliger Specereihändler) und ein ehemaliger Wäschereibesitzer, fielen über den „frechen Burschen“ her und frugen ihn, was er auf dem Ball verloren habe. Er antwortete ihnen, daß er seine Karte bezahlt, sich anständig benommen habe und Niemand Rechenschaft schuldig sei. Man bot ihm hierauf die Rückzahlung des Geldes für seine Karte an, allein er schlug es aus und wollte da bleiben. Das wurde jedoch nicht gelitten und die „gebildeten“ Honoratioren setzten den „rohen Arbeiter“ unter lautem Gelärme und Raufstößen an die Luft. Andern Tages wurde ihm die Arbeit auf der Straße gekündigt und seiner armen, alten Mutter die bisher gewonnene städtische Unterstützung entzogen. — Es ist freilich auch eine immense Frechheit, wenn ein „ganz ordinärer Arbeiter“ sich das Recht anmaßt, mit Stadtvätern und andern „geehrten Bürgern“ wie mit Seinesgleichen zu verkehren, statt sie als „Vorberrn“ und eine höhere Menschenrasse demüthig zu respectiren. Also freischweg den Hungerriemen angezogen, um ihm das nöthige Verständnis für seine Stellung und unsere wohlorganisirte Klassengesellschaft beizubringen. Wie lange wird es noch dauern, bis die zur Erkenntniß gekommenen Arbeiter dieser Nüchternheit und Gemeinheit ein Ende machen?

— Berlin, 25. Febr. Der Debatteklub auf der Leipziger Straße ist seit 14 Tagen verammelt, d. h. eigentlich nicht verammelt, denn es ist ja niemals die zur Beschäftigung nöthige Hälfte der Anwesenden und Stützpunkte vorhanden; da indessen sich Niemand die Mühe gibt, die Ausübung des „hohen Hauses“ zu verlangen, so geht die Abstimmungsgeschichte ihren Gang, bis etwa ein nicht zu vermeidendes Hammelstreich über eine nicht zu umgehende namentliche Abstimmung die notwendige Folge der Dürftlosigkeit (und der herrschenden politischen Verwirrung, D. Red.) an den Tag bringen wird; allerdings sucht man diese Unannehmlichkeit, so lange es irgend geht, zu vermeiden. Unser „großer Staatsmann“ hat sich noch nicht irren lassen, obwohl die Generaldebatte zum Etat seine Anwesenheit nach parlamentarischen Begriffen eigentlich als unerlässlich erweisen ließ; aber er hat am Ende Recht: man soll erst auf die Knechtseisen, welche die Majorität des deutschen Reichstags bilden, irgend welche Rücksicht nehmen, sie thun nach seinem Willen auch auf einen Wink hin, der durch die „Norddeutsche Allgemeine“ gegeben wird.

Aus den Verhandlungen ist bisher eigentlich nur die Rede Bebel's bemerkenswert, in welcher er auf die Unhaltbarkeit des modernen Militarismus hinwies und die Nothwendigkeit für Deutschland betonte, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen, was selbstverständlich nur möglich wäre, wenn man das Unrecht des Jahres 1871 wieder gut machte und Eljas Polbringen die Freiheit gäbe, durch Volksabstimmung zu entscheiden, ob es zu Frankreich oder Deutschland gehören sollte. Ob Bebel in seiner anderweitigen Ausführung: daß Deutschland seitens Rußlands einen Angriff nicht zu erwarten habe, vollkommen Recht hat, darüber ließe ich streiten; eine Auslösung seitens der Reichsregierung wurde diebstahlhaft nicht gegeben. Nach dem neuesten Austritt der offiziellen Organe scheint es leider wenig zweifelhaft, daß das Verhältnis zu Rußland ein immer gespannteres wird, woraus allerdings, wie ohne Weiteres zu sehen werden muß, noch lange nicht hervorgeht, daß Rußland der angreifende Theil sein wird.

Bzüglich der Affaire Frigide-Passelmann befand sich der Reichstag in nicht geringer Verlegenheit. Die von ihm gegebenen

miserablen Gesetze fangen an, in unerwünschter Weise ihre Wirkung zu thun; Staatsanwalt und Gerichte rufen dem Reichstag direkt auf den Leib und die letzteren ertheilen ihm höhnisch die Lektion, daß mit seiner Deklaration zu § 28 des Sozialistengesetzes durchaus nicht die Wirkung erzielt sei, daß unweigerlich Abgeordnete, welche aus Berlin ausgewiesen worden sind, sich ohne Ansehung und Bestrafung während des Beisammensitzens des Reichstags in Berlin aufhalten könnten. Polizeiverordnungen, so bezogen das erkennende Gericht, welche auf Grund gesetzlicher Bestimmungen erlassen werden, haben Gesetzeskraft, deshalb konnte die kaiserliche Ordre, durch welche der Reichstag nach Berlin berufen wurde, sich nicht auf Frigide und Passelmann beziehen. Die „Hebammen des Sozialistengesetzes“, wie Hagenfelder die Lasker und Konforten nannte, könnten es demnach erleben, daß sie an demselben Strid aufgehängt werden, welchen sie für die Sozialdemokratie gedreht haben. Uebrigens wurde der Antrag auf Sistirung des Strafverfahrens gegen Frigide und Passelmann beinahe einstimmig angenommen, nachdem ein Antrag der Konservativen, die Angelegenheit zunächst der Beschäftigungscommission zur Berichterstattung zu überweisen, abgelehnt worden war. — Uebrigens werden wir ja gelegentlich der Debatte über den Gesetzentwurf zur Verlängerung des Sozialistengesetzes noch in dieser Session eine große Sozialistendebatte haben, wobei das Verfahren der Behörden im Allgemeinen und das der Berliner Polizei gegen Frigide und Passelmann insbesondere ausdrücklich zur Sprache kommen wird. Der Illusion, daß damit eine Befreiung unserer Zustände herbeigeführt werden könnte, mögen sich unsere Freunde freilich nicht hingeben; zu dem Ende werden andere Mittel als Reden nöthig sein.

Dies sind die Parteigenossen mit Eifer und Opfermuth bemüht, jede Lücke, welche durch die Verfolgungen der Gewaltthäter in ihre Reihen gerissen wird, sofort wieder auszufüllen; es wird deshalb der Zweck aller Maßregelungen nicht erreicht werden, wenn freilich auch die Erlösung und das Familien Glück so manchen Mannes dabei zu Grunde geht.

(Ein Bericht über die neuesten Verhandlungen und insbesondere über die hervorragende Rede Bebel's gegen die Militärnovelle folgt in nächster Nummer. D. Red.)

— Augsburg, 25. Februar. In einer der letzten Nummern der „Freiheit“ haben sich „einige Genossen“ von hier bemüht gefühlt, der jetzigen Redaktion die Zustimmung zur jetzigen Haltung auszudrücken. Auswärtigen Freunden, die jene Zustimmung vielleicht für den Ausdruck der Gesinnung der hiesigen Genossen halten, diene folgendes zur Richtigstellung: Ob jene Zustimmung — gleich so vieler anderer — „bestellte Waare“ oder Londoner Fabrikat ist, bleibt gleich; thatsächlich widerspricht sie der Ansicht der überwiegenden Mehrheit, die mich ersuchte, Ihnen das mitzutheilen. Die „Freiheit“ wird hier, in Lechhausen und Hettendorf zusammen in ca. vier Exemplaren gelesen und ihre Leser rekrutiren sich mit Ausnahme von einigen äußerst tüchtigen Genossen aus Leuten, die seit Jahren nicht das Geringste für die Partei mehr gethan, im Gegentheil sogar öffentlich gegen unsere Sache wirkten und in bewundernswürdiger Logik in Einem Athem die „Freiheit“ und die hiesige „Volkszeitung“ lobten. Ergo: es ist die Standaufsicht, die sie augenblicklich in wohlfeiler Weise die Partei der Eisenfriede und Selbsthüter ergreifen läßt. Die Augsburger Sozialisten aber wollen bleiben was sie immer waren: der Sache und der Gesamtorganisation unerschütterlich treuergebene Genossen!

Mit sozialdemokratischem Grusse!  
R. Fischer.

E. H. Augsburg, 27. Februar. Zu meiner letzten Mittheilung über die Willkür des hiesigen Polizeipasshofs (Pasha auch wörtlich im moralischen Sinne zu nehmen) des Bürgermeisters Fischer hat sich sofort ein kleines Nachspiel gefunden. Kaum hatte er das Droßsystem in der Reichinger'schen Fabrik mit Erfolg ausgeübt, als er dasselbe Mittel auch gegen einen anderen ihm mißliebigen Genossen in Anwendung zu bringen suchte. Unser Genosse Fischer ist seit kurz vor dem Eingehen der „Volkszeitung“ in dem literarischen Institute von Dr. R. Püttler beschäftigt. Direkt in diesem Sinne nicht beizukommen; folglich verfuhr man es indirekt. Bürgermeister Fischer läßt durch einen seiner Kamelotten in der „Süddeutschen Presse“ einen Artikel veröffentlichen, daß „Genosse Richard Fischer sich durch ein sozialdemokratisch-ultramontanes Bündniß bei Herrn Dr. Püttler habe unterbreiten lassen“, um durch den Druck dieser öffentlichen Lüge Püttler zur Entlassung Fischers zu zwingen. Was jetzt ist dieser Versuch an der Ehrenhaftigkeit und Unparteilichkeit des Herrn Püttler, der trotz seiner prononciert katholischen Stellung Arbeiter jeder Konfession und Parteirichtung beschäftigt, gesehert; aber als Beweis für die Schamlosigkeit der liberalen Huden, die aufscheinend nach russischen Zuständen Gelüste tragen, möge dieser Fall unseren Genossen zur Kenntniß gebracht sein.

th. Reutlingen, 24. Februar. Vor einiger Zeit fand es der hiesige sogenannte „Arbeiter-Bildungsverein“ dessen Vorstand ein „Demokrat“ Namens Wauer ist, der das Pulver nicht erfunden hat für getrieben, 15 unserer Parteigenossen als „gefährlich für die Erlösung und die Prinzipien des Vereines“ durch ein feierliches Suffragium hinanzuworfen. Die fünfzehn hatten nämlich den schredlichen Antrag gestellt, von Zeit zu Zeit Vorträge über allgemein interessante Stoffe abhalten zu lassen, worüber der gute Ausschuss sammt Herrn Wauer in Krämpfe fiel, und im Ru unter den Getreuen eine große Woge eingeleitet war, deren Resultat die Massenverbannung war. — Was die hiesigen Genossen betrifft, so halten sich dieselben sehr still; noch stiller als die „Volkspartheiler“, die seit der allerneuesten Zeit die „liberalen“ Dirne ganz verächtlich umarmen. Was wird wohl das Produkt der Wofard dieses Konfessions sein? Ueberhaupt ist die Quelle des politischen Lebens hier am Berfliegen, und die gute fromme Bevölkerung, sei sie demokratisch oder liberal, oder trinke sie vielleicht sogar einmal ein Schöpfchen auf die rothe Republik, ist und bleibt der alte träge deutsche Michel!

Das es mitunter auch vernünftige Demokraten gibt, die einen klaren Blick in die Zukunft haben, lehrt ein Brief von Herrn G. Heerbrandt, Redakteur des „Kempferer schwebischen Wochenblatt“, den ich vor kurzer Zeit erhielt. Dort heißt es u. A.: „Ich bin ein abgegrauter Feind der Geldaristokratie, der Bureaukratie, des Pöbels u. s. w. Ich bin ein warmer Freund der Arbeiter; allein in den Mitteln, die bestehenden ungeheuerlichen Uebelstände zu beseitigen, gehe ich nicht mit Ihnen, weiß übrigens wohl, daß ich und gleichgesinnte Freunde mit den unseren nicht reussiren (Braus) und bin fest überzeugt, daß eine Revolution unausbleiblich ist, die jedoch alle früheren in Schatten stellen wird — denn die Elemente, die 1848 die Worte „das Eigenthum ist heilig und unantastbar“ als Gesetz aufstellten, werden einfach nicht mehr Weisheit werden gegen die rohe Waffe.“ Diesen letzteren Ausdruck entschuldigt er jedoch sofort: „Daß diese roh und zum Theil verwildert ist, dafür mache ich diese nicht verantwortlich, man hat einfach die Arbeiter zu Maschinen herabgewürdigt, und den Menschen resp. dessen geistige Ausbildung in der Regel ganz und gar vernachlässigt, und die Folgen dieser nichtsnützigsten Inhumanität werden wir leider mitbüssen müssen.“ — Mag G. Heerbrandt auch über die Lösung der sozialen Frage anders denken, als wir — er ist jedenfalls ein Mann, der die Lösung eines Sozialdemokraten verdient, im Gegensatz zu den hochbornen deutschen Durchschmittedemokraten.

Eine wahrhaft grenzenlose Insamie erfahre ich soeben. Genosse Staudenmaier wurde von seinem eigenen Bruder, mit dem er sich eines geringfügigen Anlasses wegen gesankt, als Verfasser verbotener Schriften denunzirt. Natürlich nahm die edle Polizei, statt die unschuldig verdächtige Denunziantenliste von Bruder im Interesse der so oft betonten „Heiligkeit“ der Familienbande kurzweg abzumessen, die Anzeige mit Vergnügen an, hielt sofort Hausdurchsuchung bei Staudenmaier und verhaftete ihn, da sie weitlich verdächtige verbotene Schriften fand. Da ihm aber die allein strafbare Verbreitung verbotener Schriften nicht nachgewiesen werden kann, so wird er wohl bald wieder in Freiheit gesetzt werden müssen. Ist es aber nicht schmachvoll, wie weit die durch ein schwärzliches Regierungssystem hervorgerufene Korruption schon gediehen ist! Für solche Menschen aber, wie der niederräthliche Denunziant, kann man wahrlich nicht Spießel genug aufstreichen, um vor ihnen noch Gehör auszusprechen; die tiefste Verachtung aller ehrlich denkenden Menschen muß sie treffen und sie wie einen Ausschlagen von jeder auf Ehre haltenden Gesellschaft ausschließen!

Oesterreich-Ungarn.

w. w. Aus Böhmen, Ende Februar. Aus unserm herrlichen Kaiserthum, dem Lande des Konfords und der nicht zu tilgenden Schulden, sei Ihnen hiedurch ein nettes Kulturstückchen mitgetheilt, welches einen schredlichen Beweis für den unerträglichen Druck und Uebermuth der herrschenden Klasse gibt, welche bewährter Weise bei jeder Gelegenheit die Worte Kultur, Wissenschaft, Bildung, Humanität im Munde führt und wer

